



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Agrarwirtschaft
Az.: 780-00/kö
Tel.: 0391/56531-40
weiss@landkreistag-st.de

19. Februar 2018

Rundschreiben Nr. 092/2018

Beschluss der Agrarministerkonferenz zur Zukunft der europäischen Agrarpolitik

**Bezug: Unsere Rundschreiben Nrn. 655/2017 vom 14.12.2017 und
018/2018 vom 12.01.2018**

Kurzfassung:

Im Rahmen einer Sonder-Agrarministerkonferenz am 18. Januar 2018 hat die AMK einen Beschluss zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) gefasst. Der DLT hatte im Vorfeld der Sitzung sein am 9./10. Januar 2018 vom Präsidium beschlossenes Positionspapier zur Zukunft der europäischen Regional- und Agrarpolitik an die Mitglieder der AMK übermittelt. Die Minister greifen in ihrem Beschluss u.a. die DLT-Forderung nach einer Vereinfachung der GAP auf. Zudem soll die GAP weiterhin wie vom DLT gefordert dazu beitragen, die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume zu erhalten. Die Minister sprechen sich wie der DLT dafür aus, dass die GAP künftig finanziell mindestens im bisherigen Volumen ausstattet werden solle.

Bei einer Sonder-Agrarministerkonferenz am 18. Januar 2018 in Berlin, an der auch der EU-Kommissar für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung, Phil Hogan, teilnahm, haben die Mitglieder der AMK einen Beschluss zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (**Anlage**) gefasst. Sie beziehen sich darin auf die Mitteilung der EU-Kommission vom 29. November 2017 zur zukünftigen Ausgestaltung der GAP.

Im Vorfeld hatte der DLT ein Positionspapier zur Zukunft der europäischen Regional- und Agrarpolitik unmittelbar nach der Annahme durch das Präsidium vom 9./10. Januar 2018 an die AMK versandt und um Berücksichtigung gebeten. Der AMK-Beschluss greift einige wesentliche Punkte aus dem DLT-Papier auf.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Die Minister fordern mit Blick auf den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU, dass die GAP finanziell mindestens im bisherigen Volumen ausgestattet werden sollte, um die mit ihr verfolgten Ziele erreichen zu können (Ziff. 1). Dies entspricht der DLT-Position.

Zudem wird u.a. betont, dass die GAP einen wichtigen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der gesamten EU leiste. Durch die Förderung sollen die ländlichen Räume als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume erhalten bleiben (Ziff. 10).

Künftig müsste die GAP auch stärker den gesellschaftlichen Erwartungen gerecht werden und landwirtschaftliche Erzeugung mit der Erbringung von öffentlichen Gütern (u.a. Natur- und Klimaschutz) verbinden (Ziff. 2). Dies und auch die enthaltene Forderung nach einer deutlichen Vereinfachung und mehr Handlungsspielraum bei der Gestaltung und Umsetzung der GAP (Ziff. 3 u. 4) entspricht der Position des DLT.

Eine Umstellung auf reine Systemkontrollen der Mitgliedstaaten durch die Kommission lehnen die Minister in diesem Zusammenhang ab. Sie befürchten, dass dabei durch eine höhere Fehleranfälligkeit die Anlastungsrisiken der Verwaltungsbehörden erhöht werden könnten (vgl. insb. Ziff. 5).

Mit Blick auf eine stabile Landwirtschaft wird u.a. gefordert, dass die europäischen Vorgaben angepasst werden sollten, um künftig auf Krisenfälle schnell und flexibel reagieren zu können und den Landwirten eine Einkommens- und Risikoabsicherung zu garantieren (Ziff. 6 u. 8).

Der Beschluss enthält keine Aussagen zu der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Kofinanzierung der Direktzahlungen. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der Vorschlag sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene strikt abgelehnt. Die Kommission gibt an, diesen Ansatz dennoch weiterverfolgen zu wollen.



Theel

Anlage